

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgerium, Beamte, Angestellte u. Arbeiter



Verlagspreis: Die 2. Jahrgangshälfte 20 Mark, die 1. Jahrgangshälfte 20 Mark, die 2. Jahrgangshälfte 20 Mark, die 3. Jahrgangshälfte 20 Mark, die 4. Jahrgangshälfte 20 Mark, die 5. Jahrgangshälfte 20 Mark, die 6. Jahrgangshälfte 20 Mark, die 7. Jahrgangshälfte 20 Mark, die 8. Jahrgangshälfte 20 Mark, die 9. Jahrgangshälfte 20 Mark, die 10. Jahrgangshälfte 20 Mark.

Früher: Wilsdruffer Tageblatt

Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 69 - 83. Jahrgang.

Verl.-Nr. 1. 'Sachsen-Zeitung'

Wilsdruff-Dresden.

Postfach: Dresden 2040

Freitag 21. März 1924.

Neue Einkreisung.

Soeben werden geheime militärische Abmachungen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei bekannt, denen nichts anderes zugrunde liegt als die Idee, Vorwände zum gelegentlichen gemeinsamen Vormarsch gegen Deutschland zu schaffen.

Es ist eigentlich recht wenig bekannt, welche außerordentlich starken Einfluss Herr Masaryk, der erste Präsident der neuen tschechoslowakischen Republik, auf die Entwicklung des Weltkrieges gehabt hat, wie er vor allem auf Wilson einen sehr bestimmenden Einfluss ausübte. Nicht umsonst hat man in Prag Herrn Wilson ein Denkmal errichtet; aber wie dieser amerikanische Präsident und Professor die österreichische Frage beurteilte, geht in der Hauptsache auf Masaryk zurück, der bei Ausbruch des Weltkrieges eiligst nach Paris fuhr. Das damals eingeleitete engere, schließlich ganz enge Verhältnis zwischen Frankreich und der späteren Tschechei führte dann Ende 1918 bereits zu einer ganzen Reihe militärisch-politischer Abmachungen, die vor allem die entsprechenden Operationen bei einer Verwirklichung des deutsch-österreichischen Anschlussgedankens an Deutschland vorsehen. Doch darüber hinaus verpflichtete sich Herr Benesch, der tschechische Ministerpräsident, auf einen Wink von Paris her gegen Deutschland zu marschieren, wenn dort „innere Unruhen“ etwa „eine Gefährdung des mitteleuropäischen Friedens“ verursachen sollten. Das ist verflucht nichts anderes, als mit Waffengewalt die etwaige Wiedererrichtung der Hohenzollernmonarchie zu verhindern.

Es war, als nun im Januar 1924 ziemlich überraschend — nicht zuletzt für die Mitglieder der Reinen Entente — ein französisch-tschechischer „Freundschafts- und Bündnisvertrag“ abgeschlossen wurde, damals bereits durchgesickert, daß auch überhand militärische Abmachungen getroffen worden waren. Was Herr Benesch natürlich unter tausend Eiden abschwor. Sie sind aber jetzt doch aus Tageslicht gekommen. Es ist sogar eine ganze Reihe von Protokollen und Verträgen militärischer Natur vereinbart worden, die alle dasselbe Ziel haben: gemeinsames militärisches Operieren gegen Deutschland. Da ist zunächst ein „Geheimprotokoll“ vom Dezember 1923, das vor allem einen Hinzutritt von Jugoslawien und eine „Verbindung“ mit Polen und Rumänien herbeizuführen wünscht, den Tschechen einen unbegrenzten französischen Rüstungskredit zur Verfügung stellt und einen Ausbau der tschechischen Armee unter französischer Oberleitung vorsieht. Dann ist ferner eine „Deklaration“ zu jenem offiziellen Bündnisvertrag vom 25. Januar 1924 vorhanden, in der die Tschechei „bei einem (französischen) Kriege“ mit Deutschland sofort zu Hilfe kommt und umgekehrt Frankreich der Tschechei dasselbe verspricht. Nicht etwa nur bei einem „Verteidigungskrieg! Ebenso treten beide Vertragsparteien bei einem Kriege Polens mit Deutschland an die Seite Polens“, das damit jeden Augenblick über uns — mit Hilfe jener beiden — herfallen kann. Wenn Polen aber mit Aufbruch in Konflikt gerät, dann bleiben jene beiden — neutral. Deutscher kann wirklich die Spitze des Bündnisses gegen Deutschland nicht ausgesprochen werden!

Will sich Deutschland an Deutschland anschließen, so soll jeder Gedanke daran durch die Drohung der sofortigen Befreiung Österreichs erstickt werden, ebenso ist etwa die Rückkehr der Hohenzollern nach Deutschland an die Seite Polens“, das damit jeden Augenblick über uns — mit Hilfe jener beiden — herfallen kann. Wenn Polen aber mit Aufbruch in Konflikt gerät, dann bleiben jene beiden — neutral. Deutscher kann wirklich die Spitze des Bündnisses gegen Deutschland nicht ausgesprochen werden!

Es war alles aufs schönste vereinbart; nun hoffte man auch Belgrad zu gewinnen, Benesch kam mit seinem jugoslawischen Kollegen Rinschitsch zusammen und legte ihm einen Konzeptvertrag, also einen Entwurf zum Beitritt zu jenem Bündnisvertrag vor. Natürlich erfolgte hierbei eine besondere Berücksichtigung der ungarischen Frage; man hatte als Hauptziel die absolute Aufrechterhaltung des staatlichen Zustandes in Mitteleuropa, wie er 1919 in den verschiedenen „Verträgen“ geschaffen worden ist, im Auge. Unterstützung in einem „Verteidigungskrieg“ gegen Deutschland wird auch von Jugoslawien verlangt. Rinschitsch hat aber abgelehnt, hat den Entwurf nicht unterschrieben.

Und schließlich hat Benesch noch das Behauptungsamt gebildet, das ihm die französische Militärmission am 11. Dezember 1923 vorschlug und das ein bis ins Einzelne ausgearbeiteter Rüstungsvorschlag ist. Nichts ist vergessenen von den Tanks bis zu den Schützmaschinen, von den schweren Kanonen bis zu den Schützgraben und von den strategischen Eisenbahnen und Strahlenbahnen bis zu den Magazinen, von den Munitionsfabriken bis zu den Mägen.

Diese Bündnisse sind ja von Paris aus „Alingend“ befohlen worden; ihre Veröffentlichung wird dort einen „schlechten Eindruck“ machen; einen noch schlechteren werden sie aber wohl in London hervorbringen. Was Herr Poincaré vermutlich sehr gleichgültig sein wird. Denn alles, alles dies geschieht ja selbstverständlich nur zur

Englischer Kredit für die neue deutsche Goldnotenbank.

5 Millionen Pfund Sterling für die deutsche Goldnotenbank.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.) London, 20. März, B. 3. Die Bank von England hat nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ der neuen deutschen Goldnoten-Bank einen Kredit in Höhe von 5 Millionen Pfund Sterling eröffnet.

Die Rentenmark eins der Wunder der Welt.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.) London, 20. März, B. 3. Der Berichterstatter der „Daily Express“ schreibt: Eine hohe Finanzautorität hat in einer Unterredung erklärt, das Postkammer der Rentenmark sei eins der Wunder der Welt. Die Rentenmark könne wertvoll bleiben, wenn das deutsche Volk selbst Vertrauen zu ihr habe.

Der Brünner Tagesbote wegen Veröffentlichung des Geheimabkommens konfisziert.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.) Dresden, 20. März. Der „Brünner Tagesbote“ ist wegen Weitergabe der Veröffentlichung des „Berliner Tageblattes“ über die Abmachungen zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich konfisziert worden. Die meisten deutschen Blätter in Prag haben die Weitergabe der Berliner Meldung unterlassen, offenbar aus Furcht vor der Beschlagnahme.

Italiens Entrüstung über die geheimen Abmachungen.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.) Rom, 20. März. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, haben die Berliner Enthüllungen über die geheimen Abmachungen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei hier einen Sturm der Entrüstung erregt, da ausfälligerweise gleichzeitig der „Temps“ heftige Angriffe gegen Italien richtet, wegen dessen angeblichen Expansionsbestrebungen nach dem Osten.

Der Haushaltplan für 1924.

Berlin, 20. März. Nachdem der neue preussische Etat für 1924 (soeben fertiggestellt) worden ist, nähern sich, wie die T.-M. erzählt, auch die Arbeiten im Reichshaushalt für 1924 ihrem Ende. Es liegen bereits vor der Etat des Reichspräsidenten, des Reichstages und des Reichsernährungsministeriums. Diese werden schon in den nächsten Sitzungen des Reichsrats zur Behandlung kommen. Wie aus parlamentarischen Kreisen

mitgeteilt wird, kann es als sicher angenommen werden, daß der neue Reichstag gleich nach seinem Zusammentritt den ganzen Reichshaushaltplan verabschieden wird. Der Etat der Reichswirtschaftsverwaltung ist gleichfalls fertiggestellt. Er hat dem Reichsfinanzminister bereits vorgelegen, ist aber nach Verabschiedung des Reichspostfinanzgesetzes vom Reichspostminister wieder zurückgezogen worden, um gleichfalls in den ersten Wochen des April dem neugegründeten Verwaltungsrat der Reichspost vorgelegt zu werden. Der Etat des Reichspräsidenten schließt mit einem Betrag von rund 220 000 Goldmark ab. Im Etat des Reichstages stehen Ausgaben von rund 380 000 Mark Einnahmen von 100 000 Mark gegenüber. Der Etat des Reichsministeriums für Landwirtschaft und Ernährung schließt mit einem Betrag von rund 2 300 000 Mark an Ausgaben ab. Die Einnahmen sind mit rund 392 000 Mark eingestuft.

Die Arbeit der Sachverständigen.

Paris, 20. März. Die Sachverständigen haben gestern im Hotel „Astoria“ eine rege Tätigkeit entwickelt. Wie gemeldet ist der Ausschuss Mac Kenna zweimal zusammengetreten. Er hat sämtliche Papiere, betreffend den Umfang der deutschen Auslandsguthaben ermittelt. Eine Piffer steht indessen noch aus, über die man in den nächsten Tagen noch Ergänzungen zu beschaffen hofft, und zwar soll ein Mitglied des Garantienkomitees aus Berlin noch in dieser Woche hier zur Abgabe bestimmter Aufschlüsse eintreffen. Der Redaktionsausschuss, der gestern gleichfalls tagte, hat den Bericht, zu dessen Abfassung ihn General Dames im Namen des ersten Ausschusses beauftragte, zu zwei Dritteln abgelehnt. Er wird heute an die einzelnen Mitglieder der Ausschüsse verteilt werden. Ein Drittel des Berichtes, das sich hauptsächlich auf die Angaben über die geplante Goldnotenbank bezieht, soll in den nächsten Tagen angefertigt werden. Was den Unterausschuss für Budgetfragen anbelangt, so hat er seine Arbeiten praktisch zu Ende geführt. Wie wir erfahren, erklärt er sich auf ausdrücklichen Wunsch der Berliner Regierung bereit, in verschiedenen Punkten die Ansicht deutscher Sachverständiger entgegenzunehmen. Diese Sachverständigen werden in den nächsten Tagen aus Berlin hier eintreffen. Es verlautet, daß Dr. Schacht wahrscheinlich heute und morgen von dem Währungsausschuss noch einmal gehört werden soll.

Die Zahl der französischen Abgeordneten.

Paris, 20. März. Die Kammer hat gestern über die nächste Legislaturperiode verhandelt. Der Senat hatte die Zahl auf 589 festgesetzt, die Kammer entschied sich gestern für 584. Es stimmten 400 Abgeordnete dafür und 140 dagegen. Der Senat wird die Abstimmung ratifizieren müssen.

„Aufrechterhaltung des Friedens in Europa“, nicht etwa, wie die bösen Deutschen meinen werden, zur Einkreisung Deutschlands. Denn wenn Napoleon III. einst gesagt hat, „das Kaiserreich sei der Friede“, so ist's Poincarés Reich noch viel mehr.

Die amtierenden Beamten der Tschechoslowakei in Berlin erklären zu den Enthüllungen, es handle sich wahrscheinlich um Fälschungen. Gegen solche Erklärungen besteht aber ein berechtigtes Mißtrauen, denn es ist ein selbstverständliches und immer wieder angewandtes Mittel der Diplomatie, unbedeutsame Veröffentlichungen als „falsch“ und „jeder tatsächlichen Grundlage entbehrend“ zu bezeichnen.

Der Zeigner-Prozess.

(Vierter Tag.) Leipzig, 19. März.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wird Rechtsanwalt Dr. Graf-Leipzig als Zeuge vernommen. Er schildert Zeigner als einen ängstlichen Menschen, der damals, als die Affäre ausgetrollt wurde, sich in großer Erregung befand. Er habe Zeigner geraten, das Mandat niederzulegen und sich dem Staatsanwalt zu stellen. Zeigner habe sehr geweint. Dr. Graf befragt dann den Staatsanwalt Dr. Fiedler, der gesagt haben soll: „So mußte es kommen mit Zeigner. Ich werde es ihm schon beimahnen mit seinem verfluchten republikanischen Nichtsbund.“

Scharfe Zusammenstöße.

Der als Zeuge vernommene Staatsanwalt Dr. Fiedler bestreitet, eine solche Äußerung getan zu haben, und bestreitet ferner, daß er irrendwelschen Zwang gegen Möbius ausgeübt habe, um ihn zu einer Aussage gegen Zeigner zu nötigen. Es kommt insfolgedessen zu scharfen Zusammenstößen zwischen Dr. Graf und Dr. Fiedler, der schließlich einräumt, daß er sich absichtlich über Zeigner geäußert habe. Zeigners Verteidiger, Dr. Franke, stellt hierauf fest, daß Möbius verhaftet wurde, als er Zeigner wegen Zeigner stark belästete, und aus der Haft entlassen wurde, nachdem er Dr. Zeigner wiederum sehr stark belästet hatte. Zu einem neuen Zusammenstoß kommt es bei der Vernehmung des Rechtsanwalts Dr. Meißner, der die Anklage gegen Zeigner und Möbius erstattet hat. Dr. Franke

behauptet, daß der Zeuge dem Möbius zu verstehen gegeben habe, daß er seine Verteidigung übernehmen würde, obwohl er getruht habe, daß er es gar nicht tun könne, da er ja selbst die Anzeige erstattet hatte. Oberregierungsrat Tietz äußert sich dann über den Fall Schmerler.

Schmerler, der ukrainischer Staatsangehöriger ist, hatte die Aufenthaltsgenehmigung für Sachsen nachgesucht. Nachdem die zuständigen Stellen das Gesuch abgelehnt hatten, wandte sich Schmerler an Zeigner, worauf das Gesuch bald genehmigt wurde. Der nächste Zeuge, Oberlehrer Bergner, soll ausfragen, ob es wahr ist, daß Franke Dr. Zeigner versucht hat, durch ihn auf den Zeugen Brandt in dem Sinne einzuwirken, daß er seine Aussage zugunsten Zeigners ändere.

Bergner erklärt, daß er im Auftrage der Gattin Zeigners Brandt im Krankenhaus aufgesucht habe, um ihn zur Zurücknahme seiner Anschuldigungen gegen Zeigner zu bewegen. Brandt habe jedoch davon nichts wissen wollen. Der junge Bergner wird nicht vereidigt.

Zeuge Universitätsprofessor Martin-Leipzig soll von seinem Kriegskameraden Weiner gehört haben, daß Zeigner sich erboten habe, gewisse Akten in Sachen Weiner, gegen den eine Strafsache schwebte, zu vernichten. Er kann sich jedoch auf nichts entsinnen, auch nicht, als er dem Zeugen Weiner gegenübergestellt wird. Zeuge Buchdruckereidirektor Seifert, der, gleich Martin und Weiner mit Zeigner zusammen beim Militär war, erklärt, daß Dr. Zeigner überall persönlich beliebt und ein äußerst geselliger Kamerad gewesen sei. Hierauf wird der sechste Punkt der Anklage, der sich gegen Möbius allein

richtet, besprochen. Ein Käfereibesitzer Schmidt aus Mohrbach habe Möbius ein Gnadengesuch gegeben und einen Tausendmarktschein beigelegt. Möbius will angenommen haben, daß das Geld für seine Bemühungen bestimmt sei. Von Zeigner sei dabei nicht die Rede gewesen. Der Zeuge Schmidt, der in dieser Sache vernommen wird, wird nicht vereidigt.

Vom Wahlkampf.

Deutschnationale Spitzenkandidatur in Hamburg. Die Deutschnationale Volkspartei, Landesverband Hamburg, hat als Spitzenkandidaten für die Reichstagswahl Drel-